

Bericht

Forum C.2: »Akademischer Kapitalismus«

Nils Gelker (Hannover)

1. Probleme, Positionen und ein Plädoyer für mehr Kapitalismus

Der Begriff des ›akademischen Kapitalismus‹ birgt ein großes Streitpotential und wurde von den Veranstaltern wohl gerade aus diesem Grund als Überschrift für das letzte Forum des Symposiums festgelegt. Um dieses Streitpotential zu erkennen, muss kurz daran erinnert werden, wie der Begriff in neuerer Zeit in der deutschen Diskussion zur Struktur der universitären Arbeit geprägt wurde. 2011 veröffentlichte Richard Münch unter diesem Titel eine umfassende Studie, in der er eine harsche Kritik an der Hochschulreform formulierte.¹ Münchs streitbare Grundthese ist, dass durch die Einführung des *New Public Management* – also der Übertragung neoliberalistischer, kapitalistischer Strukturen in Bereiche der öffentlichen Verwaltung – in den Universitäten die Forschungsleistung nicht etwa erhöht, sondern ganz im Gegenteil stark verringert werde, da Forscher/-innen gezwungen würden, sich kurzzeitigen Forschungstrends zu unterwerfen, deren Erkenntnisgehalt nicht mehr reflektiert werden könne. Dieses System sei dabei institutionell so stark abgesichert, dass eine kritische Auseinandersetzung unmöglich werde: Von bestimmten Wissenschaftlern gefordert, sei die Politik durch den Druck der Medien gezwungen gewesen, strukturelle ›Verschlimmbesserungen‹ (z.B. die Exzellenzinitiative) einzuführen, die in ihren Auswirkungen zwar katastrophal, in ihrer Rechtfertigung aber unangreifbar seien. Wenn etwa die Geisteswissenschaften unter diesen Bedingungen versuchten, Reformen rückgängig zu machen, könne die Politik auf die angeblich evidente Effizienz des *New Public Management* hinweisen – versuchten die Geisteswissenschaften hingegen weitere

1 Richard Münch: Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform. Berlin 2011.

Dieser Text ist der zusammenfassende Bericht zur Diskussion »Akademischer Kapitalismus« auf dem Internationalen Colloquium »Perspektiven der Germanistik im 21. Jahrhundert«, das vom 4. bis 6. April 2013 im Schloss Herrenhausen in Hannover stattfand.

Die Ergebnisse der Tagung – einschließlich Audiomitschnitten der Podiumsdiskussionen und Vorträge – sind in der Internetpublikation www.perspektiven-der-germanistik.de abrufbar. Sie wurde herausgegeben von Mark-Georg Dehmann (Hannover) und Carsten Rohde (Karlsruhe).

Das Copyright für diesen Beitrag liegt bei dem Autor.

Veranstaltung und Publikation wurden gefördert von der VolkswagenStiftung Hannover.

Reformen umzusetzen, verweigere die Politik ihre Unterstützung mit dem Hinweis auf die schon umgesetzten Neuerungen in der Hochschulpolitik. So seien die Geisteswissenschaften letztlich ohnmächtig gegenüber den fehlgeleiteten Entscheidungsträgern.

Eine derart starke und kritische These kann sich der starken Gegenkritik kaum entziehen. Remigius Bunia nannte den Begriff ›akademischer Kapitalismus‹ in seinem der Podiumsdiskussion vorausgehenden Statement problematisch. Wie in der obigen, sehr knappen Zusammenfassung von Münchs These deutlich wird, schiebt der Begriff die Verantwortung für gegenwärtige Probleme in der Wissenschaft externen Instanzen zu. Bunia betonte dagegen, dass viele der Fehl- und zweifelhaften Reformentscheidungen aber gerade innerhalb des Faches getroffen und nicht etwa von außen aufgezwungen wurden. Der Ausbau des universitären Verwaltungsapparats, der mit der Hochschulreform einher gegangen sei, habe aber zu einem »Regime der Kennzahlen« geführt. Dadurch entstehe bei Geisteswissenschaftlern/-innen der falsche Eindruck eines Reformzwangs von außen.

Dass es in der Germanistik etwa nur sehr wenige Dauerstellen im Mittelbau gebe, sei ein hausgemachtes Problem. Eigentlich stehe es dem Fach frei, mehr Dauerstellen einzurichten. Im Sinne eines Kapitalismus handle es sich hier um ein großes Versäumnis: Die Lebenszufriedenheit von Germanisten/-innen außerhalb des Faches sei durchschnittlich schon deutlich höher als innerhalb des Faches. Der schlechten Bezahlung und zeitlich begrenzten Stellen wegen gingen dem Fach viele hochqualifizierte Arbeitskräfte verloren. Unattraktive Arbeitsbedingungen würden sich so als »Fehlinvestitionen« entpuppen. Bunia forderte deswegen »etwas mehr Kapitalismus einzuführen. Nicht weniger.«

Insgesamt plädierte Bunia dafür, die angebliche Einwirkung auf die Germanistik *von* außen in eine Wirkung der Germanistik *nach* außen umzukehren. Dafür müsse das Fach endlich beginnen, seine Leistungen klar zu benennen. Dieser Punkt wurde auf dem Symposium mehrfach diskutiert und Bunia nahm ihn an dieser Stelle wieder auf, um ein deutliches Wort zu sprechen: Diese Rechtfertigung des Faches sei alles andere als eine Zumutung und dürfe von keinem Wissenschaftler und keiner Wissenschaftlerin von sich gewiesen werden. Auch solche Forschung, die nicht unmittelbar einen Nutzwert erziele, könne sich entsprechend nach außen repräsentieren – dies lasse sich in anderen Wissenschaften beobachten. Damit hat Bunia einen der zentralen Diskussionspunkte des Forums vorgetragen: (1) Nutzen der Germanistik und deren Repräsentation.

Caspar Hirschi (St. Gallen) setzte die Kritik an der Münch'schen Prägung des ›akademischen Kapitalismus‹ fort. Er sah darin eine »Verschwörungstheorie, die sich nicht produktiv diskutieren lässt«, und baute dabei auf eigene Erfahrung an der Universität von St. Gallen, die mehr als die Hälfte ihrer Mittel aus privater Hand beziehe. Damit wurde ein weiterer kritischer Punkt in die Diskussion eingeworfen: (2) das Verhältnis zwischen der Universität, dem Staat und der Privatwirtschaft. Hirschi wandte den Blick des Podiums nach Amerika, um zu verdeutlichen, wie die sogenannten neoliberalistischen Strukturen an der Universität Fuß fassen konnten. Dazu betonte er die Wirkung der Sputnik-Krise, die in den USA der 50er und 60er Jahre zu einer Vervielfachung des staatlich gewährten Forschungsetats führte. Erst durch die Explosion dieser Forschungsgelder sei es zu der

Notwendigkeit gekommen, sich neue Verteilungsstrategien für diese Gelder zu überlegen. Das Ergebnis sei nun eine marktförmige Verteilung, die Universitäten und Forschungsinstitute in ein Konkurrenzverhältnis zwingt. Deutschland habe dies im Zuge der Exzellenzinitiative kennenlernen müssen. Dabei handele es sich also um ein Problem, das gerade auf Grund der fast ausschließlichen Finanzierung durch den Staat entstehe. Hirschi betonte deswegen, dass eine Kritik der marktförmigen Verteilung von Geldern auch immer den Staat als Geldgeber mitreflektieren müsse. Wie auch Bunia forderte Hirschi eine konstruktive Diskussion, die sich echte Alternativen zum gegenwärtigen Verteilungssystem zurechtlegt – jedenfalls solange am Staat als prinzipiellem Geldgeber festgehalten werden soll. Lediglich über die gegenwärtige Situation zu lamentieren reiche nicht aus. Die Autonomie, die die Geisteswissenschaften sich wünschten, erfordere die Fähigkeit, sich an die aktuellen Umstände anzupassen. In diesem Zuge kritisierte er auch die zu große Macht der Professoren, die »nicht konservativ, sondern reaktionär« seien.

Wilhelm Krull (Hannover), Generalsekretär der VolkswagenStiftung, forderte ebenfalls, von dem Begriff ›akademischer Kapitalismus‹ Abschied zu nehmen. Trotzdem pflichtete er Münch indirekt bei: Krull hob die Finanzierungs-Schiefelage des Faches besonders hervor, indem er darauf aufmerksam machte, dass sich das Verhältnis von Grundausrüstung zu Ergänzungsausrüstung (also Drittmitteln, Forschungsgeldern, Stiftungszuschüssen etc.) von 2:1 auf 1:2 umgekehrt habe. Dadurch komme es zu einer »Massenproduktion des Immergleichen«, wie auch Münch in seiner Studie behauptet.

Die Steigerung dieser Finanzpolitik schilderte Rüdiger Görner (London), der von den Konsequenzen eines kompletten Rückzugs des Staats aus der Universität berichtete, wie er sich in England innerhalb eines Jahres vollzogen hat. Während in Deutschland die Studiengebühren in fast allen Bundesländern abgeschafft wurden – ein Punkt, der bei dieser Diskussion erstaunlicherweise kaum Beachtung fand –, hat England auf ein reines Gebührensystem umgestellt. Die Konsequenzen daraus waren nicht nur ein Einbruch der Studierendenzahl um 25%, auch die langfristige Finanzplanung sei dadurch unmöglich geworden. Diese Umstellung auf ein Gebührensystem folge als logische Konsequenz aus der in England betriebenen »Funktionalisierung der Hochschulen [...] in einem klar neoliberalistischen Sinne«. Während die anderen Podiumsteilnehmer die Ausgangsthese Münchs für die deutsche Situation also vorsichtig bis deutlich zurückwiesen, schien sie zur Erklärung der englischen nach Görners Bericht durchaus adäquat. Ein weiterer Effekt dieses englischen ›akademischen Kapitalismus‹ sei die Schließung zahlreicher germanistischer Institute und Lehrstühle gewesen. Die mediale Darstellung der Schließungen sei dabei insgesamt sehr positiv gewesen. Im Sinne einer quasi-darwinistischen Auslese sei der Eindruck vermittelt worden, dass durch die Schließung ›schlechter‹ Institute letztlich eine Verbesserung der Forschungssituation eintrete. Kritisch hingegen sei die Berichterstattung, wenn es um die Rekrutierung neuer Studenten aus nur noch bestimmten Soziosphären gehe – wozu das Gebührensystem die Institute aber letztendlich zwingt. Krull und Görner haben insofern die zentralen Diskussionspunkte mit aktuellen (Krull) und womöglich drohenden (Görner) Szenarien unterfüttert.

2. Nutzen und Kommunikation der Germanistik

Bunia hat die Frage nach dem Nutzen der Germanistik und dessen Kommunikation nach außen hin in seinem einführenden Statement direkt zur Sprache gebracht. Dabei war der Punkt im Laufe des Kolloquiums bereits häufiger diskutiert worden, vor allem im Vortrag von Jürgen Fohrmann. Die Grundüberlegung Bunias ist, dass die im Hintergrund verlaufenden demokratischen Prozesse zur Verteilung von öffentlichen Geldern von der Germanistik ernst genommen werden müssen. Dazu sei es notwendig, deutlich zu machen, worin dieser Nutzen ganz konkret bestehe. Auf dem Podium fand diese Position uneingeschränkter Zuspruch. Krull etwa betonte, dass der »gesamtgesellschaftliche Kontext« nicht vergessen werden dürfe, da es sich bei den Mitteln, die die Germanistik bezieht, immerhin zum allergrößten Teil um Steuergelder handle. In anderen Ländern, etwa England und Schweden, sei es erforderlich, Texte auch für eine breitere Öffentlichkeit zu produzieren und nicht nur für die Fachwissenschaft. Daher versuche auch die VolkswagenStiftung in ihren Förderbedingungen entsprechende Vorgaben zu machen. In diese Richtung müsse es mehr Anstrengungen geben. Beispielhaft sei die entsprechende Arbeit des Historikerverbandes, der in den anderen Diskussionsforen schon zuweilen Erwähnung fand. Auch Hirschi unterstrich die gute Arbeit der Historiker, vor allem der englischen. Tatsächlich fänden Bücher von Größen wie Bernard Lewis einen vergleichsweise beeindruckenden Absatz. Eine große Leserschaft bringe dann eine öffentliche Legitimation mit sich.

Natürlich wirft die Idee einer eher öffentlichkeitsorientierten Grundeinstellung der Wissenschaften auch gewisse Probleme auf. Ein erstes benannte der Moderator des Forums, Carlos Spoerhase (Berlin): Gerade im Zuge der Exzellenzinitiative sei es zu einem Ausbau der Pressestellen gekommen. Anstatt die Forschung zu verbessern, könnten die Forschungsergebnisse so »gut verkauft« werden.² Es bestehe somit die Gefahr, dass eine zu starke Außenorientierung auf Kosten der eigentlichen Wissenschaftstätigkeit realisiert werde. Presstexte seien, so meinte Görner, »austauschbar« und bewegten sich allenfalls auf »Broschürenniveau« – ein Ersatz für die Kommunikation, die Fachwissenschaftler/-innen leisten könnten, seien sie deswegen ohnehin nicht.

Görner betonte aber gleichzeitig, dass es für diese Kommunikation auch ein entsprechendes Publikum brauche. Die Germanistik könne noch so popularitätsheischend, noch so leserfreundlich und sogar in einem schlechten Sinne anbietend werden – ohne ein Publikum würden solche Bestrebungen keine Früchte tragen können. Zumindest für England räumte Görner den *Modern Languages* eine entsprechende Chance nicht ein. Auf Nachfrage von Carsten Rohde (Karlsruhe) berichtete Görner von durchaus problematischen Nebeneffekten der Popularisierung von Wissenschaften in England. Der *Impact Factor* bestimme den Erfolg wissenschaftlicher Studien anhand ihrer Wirkung in die Öffentlichkeit. Der Nachweis solcher Wirkungen außerhalb des akademischen Bereiches sei aber äußerst schwierig, immerhin gebe es keine Garantie, dass große Tageszeitungen über das jeweilige

2 Spoerhase nimmt diesen Gedanken von Jürgen Kaube auf. Vgl. Jürgen Kaube: »Soziologiekolumne. Universität, Prestige, Organisation«. In: Merkur. Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken 67 (2013), S. 342–348.

Forschungsprojekt auch wirklich berichteten. Die Qualität von Forschung mithilfe eines Wirkungsgrades festzustellen, könne immer nur so sinnvoll sein wie die Parameter, die zur Bestimmung des Wirkungsgrades angesetzt würden. Solange solche sinnvollen Parameter allerdings nicht vorlägen – und dies sei laut Görner in England noch nicht der Fall – trage ein *Impact Factor* nicht unbedingt zur Verbesserung wissenschaftlicher Kommunikation bei. Schlimmer noch: Obschon die Evaluation durch den *Impact Factor* noch nicht befriedigend funktioniere, komme ihm in der Bewertung der Institute schon ein hoher Stellenwert zu. Frappierend an diesem englischen Beispiel ist aber vor allem, dass der Zwang zu ›Impact-Studien‹ trotz der Einführung des Gebührensystems besteht. Denn die Diskussion des Forums hatte die Verantwortlichkeit der Wissenschaften gegenüber der Öffentlichkeit mit der Finanzierung durch Steuermittel begründet. In England jedenfalls scheint das Eine mit dem Anderen nichts zu tun zu haben.

Überhaupt lässt sich die Sinnhaftigkeit eines solchen *Impact Factor* anzweifeln. Wenn ein Institut alle paar Jahre eine außenwirksame Veranstaltung abhalten soll, entginge der größte Teil der Forschung immer noch einer öffentlichen Legitimation im Sinne Bunias. Bunia und Krull versuchten deswegen auch, den Begriff ›Nutzen‹ zu differenzieren. Der Nutzen müsse nämlich nicht so dargestellt werden, als bringe die Germanistik unmittelbar materielle Werte hervor oder als könne sie grundlegende, aber fachfremde Probleme direkt lösen. Bunia berichtete in diesem Zusammenhang von Ideen, den Klimawandel als große Chance der Geisteswissenschaften zu begreifen, was er allerdings nicht für sinnvoll hielt. Die Geisteswissenschaften müssten sich aber auf ihre eigenen Kompetenzen konzentrieren, diese formulieren und sie ruhig auch in ihrer Abstraktheit in die Öffentlichkeit tragen. Eine inhaltliche Revolution der Germanistik sei genauso wenig nötig, wie sich populären Trends unterzuordnen. Ähnliches betonte Krull mehrfach: Wenn die Geisteswissenschaften so täten, als könnten sie direkt materielle Gegenwerte erzeugen, oder wenn sie versuchten, sich in diesem Bereich mit anderen Wissenschaften, wie etwa der Medizin und der Ingenieurstechnik, zu messen – dann könnten sie »nur verlieren«. Wichtig sei es vielmehr zu betonen, dass die Universität auch Führungspersönlichkeiten hervorbringe. Dadurch werde die Aufwendung von Steuergeldern legitimiert.

Wo über die Popularisierung einer Wissenschaft gesprochen wird, kann eine so wichtige wie naheliegende Frage nicht unbeantwortet bleiben: Können sich Wissenschaftler/-innen nicht durch zu plakative Ergebnisdarstellungen kompromittieren? Kann dies nicht wiederum zu einer Gefahr für die jeweilige Wissenschaft werden? Bunia merkte in diesem Zusammenhang an, dass der Gang an die Öffentlichkeit der Reputation eines Forschers/einer Forscherin innerhalb der Wissenschaft eher schade als nütze – ein eigentlich erschreckender Befund, der aber so unnachvollziehbar nicht ist. Blickt man etwa in die Physik, so lässt sich feststellen, dass das Fach, vor allem seine Grundlagenforschung, in den letzten Jahren sehr viel öffentliche Aufmerksamkeit gewonnen hat. Mit einer publikumsorientierten Sprache hat dies nicht unbedingt zu tun, denn obwohl alle großen Medien auf die Forschungsergebnisse des CERN aufmerksam machen, bedeutet dies noch längst nicht, dass die breite Öffentlichkeit verstehen kann, was es mit dem Higgs-Boson nun eigentlich auf sich hat. Dennoch: Die physikalische Forschung beeindruckt mit Projekten, in die trotz

ungewissen Forschungsausgangs Millionen investiert werden, und sie verdankt diese Investitionen wiederum ihrer öffentlichen Wahrnehmbarkeit. Ein Nebeneffekt dieser Öffentlichkeitsaffinität und der vermeintlich mit ihr einhergehenden Popularisierung ist aber auch ein Aufschwung physik-kritischer Literatur, die sich besonders an vereinfachenden Darstellungen abarbeiten kann.³ Ist dies nun aber ein Beweis dafür, dass ein höheres Maß an Verständlichkeit automatisch zu einem Verlust von wissenschaftlicher Gültigkeit führt? Hier kommt es wohl darauf an, wie die Kritik an popularisierender Wissenschaft bewertet wird: Negativ gewendet ist Kritik nur dort angebracht, wo es zu Problemen kommt – sie wäre also der Ausdruck einer problematischen Entwicklung innerhalb der Wissenschaft. Die Kritik lässt sich aber auch positiv wenden: Dass beispielsweise für die Physik Texte verfasst werden, die Methodik und Darstellung der Fach-Gegenstände kritisieren, kann auch zu einer Läuterung und langfristig zu einem Mehr an Wahrheit führen. Dann hätte die Popularisierung der Wissenschaftlichkeit keinen Abbruch getan, sondern die Wissenschaft um eine produktive Debatte bereichert.

Für den Eigenwert von Wissenschaftssprache plädierte aus dem Plenum Steffen Martus (Berlin) und wies darauf hin, dass sie sich nicht einfach als borniertes Sprachregister abtun lasse, sondern auch ein Kondensat jahrelanger Forschungsarbeit sei. Die Komplexität wissenschaftlicher Fragestellungen – und damit auch zum Teil deren Qualität – entstehe gerade erst, indem diese terminologisch ausdifferenzierte Sprache auf bestimmte Gegenstände Anwendung finde. Dieses wissenschaftstheoretische Argument fand auf dem Podium wenig Zuspruch. Hirschi vertrat eine fast diametrale Position. Die Geisteswissenschaften besäßen gegenüber den Naturwissenschaften gerade den großen Vorteil, ihre Ergebnisse und Forschungen ohne großen inhaltlichen Verlust allgemein verständlich formulieren zu können. In Deutschland aber gebe es schlicht »verquaste Professionalisierungsansprüche«. Von Popularisierung sollte man darüber hinaus nicht sprechen, denn es gehe nicht darum, Inhalte durch Vereinfachung zu verformen. Hirschi sah den Unterschied zwischen wissenschaftlichem und »normalem« Sprechen vor allem in der Sprachfertigkeit – die Schreibkultur in den Geisteswissenschaften sei einfach »schlecht«. Für eine Wissenschaft wie die Germanistik, die in einem besonderen Maß Textkompetenz lehren sollte, ist Hirschis deutlicher Befund ein vernichtender. Auch in anderen Foren und Diskussionen war bereits auf die Frage nach der Schreibausbildung mehrfach hingewiesen worden (etwa im Forum A.2 durch den Moderator Mark-Georg Dehrmann). Krull forderte ebenfalls, die Angst vor dem verständlichen Schreiben in der Wissenschaft abzubauen, und wies auf das gewaltige Ausmaß germanistischer Textproduktion hin, das ohne eine Leserschaft zu finden in den Bibliotheken verschwinde. Bunia wünschte sich von den Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen mehr Emphase-Fähigkeit, letztlich lasse sich so wenigstens in der Germanistik fast jedes Thema verständlich darstellen.

3 Und das wiederum in einem öffentlichkeitstauglichen Format, wie etwa bei Alexander Unzicker (*Auf dem Holzweg durchs Universum. Warum sich die Physik verlaufen hat*. München 2012.).

3. Universität – Staat – Privatwirtschaft

Unter der Überschrift ›akademischer Kapitalismus‹ mochte die sehr ausführliche Diskussion um Kommunikation und Repräsentation der Germanistik überraschen. Der zweite große Diskussionspunkt dagegen zielte genau in die Mitte der Problematik, die Münchs Studie vorgab: Wie sollte das Verhältnis zwischen Universität, Staat und privatem Sektor aussehen? Hirschi hatte bereits in seinem ersten Redebeitrag darauf aufmerksam gemacht, dass eine Reflexion der marktförmigen Strukturen in der Vergabe von Geldmitteln einhergehen müsse mit einer Reflexion der Rolle des Staates als finanzieller Hauptförderer der Universitäten. Nicht das *New Public Management* sei demnach das eigentliche Problem, sondern eine Struktur der merkantilistischen Konkurrenz. Nach dem Sputnik-Schock hätten die USA gefürchtet, von anderen Staaten technologisch abgehängt zu werden. Die Reaktion war eine gewaltige Aufstockung der Forschungsmittel, um den technologischen Fortschritt im eigenen Land voranzutreiben. Bis heute wirke diese Psychologie, vor allem in Staaten wie England. Auch die Exzellenzinitiative in Deutschland habe einem außenpolitischen Kalkül gehorcht – hier sind sich Hirschi und Münch übrigens einig.

Eine andere Ansicht vertrat Wilhelm Krull. Durch den Sputnik-Schock habe sich die Fördermittelvergabe nicht qualitativ, sondern hauptsächlich quantitativ verändert. Entscheidender sei die »*commodification*« geisteswissenschaftlicher Ergebnisse gewesen, also die Auffassung, man könne mit diesen so handeln wie mit materiellen Waren. Der Eigenwert der Geisteswissenschaften aber liege in Bereichen, die sich nicht unmittelbar finanziell beziffern ließen. Sowohl Krull als auch Hirschi waren sich mit allen Beteiligten des Podiums allerdings darüber einig, dass die Germanistik den Strukturen ihrer Finanzierung nicht schutzlos ausgeliefert sei. Aus dem Fach heraus könne und müsse deutlich mehr geschehen, um diese Strukturen aktiv mitzugestalten. Dazu brauche es, wie Hirschi schon betont hatte, aber auch klar formulierte alternative Strukturen.

Könnte diese Alternative zum Beispiel in der Finanzierung aus privater Hand bestehen? Aus dem Plenum wurde zu diesem Thema sehr kritisch nachgefragt. Das diskutierte Beispiel war die Gründung des Instituts für Internet und Gesellschaft an der Humboldt Universität zu Berlin im März 2012. Die Gründung dieses Instituts wurde von Google durch Millionenzuschüsse nicht nur unterstützt, sondern sogar initiiert. Obwohl – oder gerade weil – die Unabhängigkeit des Instituts wortreich zugesichert wurde, blieb das Misstrauen gegenüber einer solchen Forschungseinrichtung hoch. Immerhin könne es sich um eine reine Werbeaktion des amerikanischen Konzerns handeln.

Hirschi antwortete auf diese Zweifel und zog dabei Bilanz aus seinen Erfahrungen an einer überwiegend privat finanzierten Universität: Unabhängigkeit bedeute nicht, lediglich durch den Staat finanziert zu werden. Gerade das Gegenteil sei der Fall. Wirklich unabhängig sei eine Forschungseinrichtung nur dann, wenn sie sich aus möglichst vielen Geldquellen speisen könne. Dabei erweise sich nicht jedes Geld als gleich unproblematisch. Der Universität vererbte Gelder etwa seien gegenüber der Finanzierung durch internationale Großkonzerne recht unkompliziert. Hirschi betonte allerdings, dass es im letzten Fall auf die abgeschlossenen Verträge ankomme. Wenn deutlich festgehalten werde, dass der jeweilige

Konzern keinen Einfluss auf Forschungsschwerpunkte, Publikationen oder sogar Berufungen ausüben könne, gebe es auch keine Probleme, jedenfalls nicht mehr als bei einer staatlichen Förderung. Krull schloss sich diesem Optimismus an. Der Blick nach Amerika, wo derartige Praktiken üblicher seien als in Deutschland, offenbare, dass die moralischen Kodizes und Leitlinien an den Universitäten klar die Möglichkeiten der Förderungen vorgäben. Zunehmend lasse sich dies auch in Deutschland beobachten.

Dennoch ließen sich nicht alle Zweifel an dieser optimistischen Sichtweise ausräumen. Würde sich durch eine Verlagerung der universitären Finanzierung in den privaten Sektor nicht genau das Muster fortsetzen, das momentan oft kritisiert wird? Würde etwa die Drittmittelakquirierung nicht einfach in eine Privatmittelakquirierung übersetzt werden? Ist privates Kapital nicht ebenso unzuverlässig wie jedes andere Fördermittel und würden sich die Probleme in der mittel- und langfristigen Finanzplanung nicht eventuell sogar verschärfen? Bekommt ein Konzern im denkbar schlechtesten Falle nicht doch viel indirekte Macht über eine Institutsleitung, nämlich vor allem dann, wenn sich sogar die Finanzierung von Planstellen in den privaten Sektor verschiebt? In Deutschland, das wurde auch auf dem Podium mehrfach betont, spielen diese Fragen noch keine große Rolle, da der Anteil an privater Finanzierung relativ gering ist. Dennoch bleibe die Skepsis für jeden Einzelfall einer solchen Finanzplanung gerechtfertigt, meinte auch Bunia. Gerade deswegen sei es so wichtig, sich nicht von nur einem Geldgeber abhängig zu machen, sondern sich – auch um ein Höchstmaß an Autonomie zu sichern – aus möglichst vielen Töpfen zu bedienen.

Neben diesem grundlegenden Problem bleibt dann aber immer noch ein anderes, vielleicht viel bedeutenderes: Google fördert ein Institut, das das Internet erforscht. Die UBS »sponserte« 2012 die Universität Zürich mit der gewaltigen Summe von 100 Millionen Franken, was nicht nur zu einer heftigen Gegenreaktion in Form des »Internationalen Appells für die Wahrung der wissenschaftlichen Unabhängigkeit« (oft »Zürcher Appell« genannt) führte, sondern auch zur Einrichtung des »UBS International Center of Economics in Society«. Fraglich ist, welcher Konzern überhaupt ein gesteigertes Interesse daran haben könnte, die Germanistik ähnlich zu unterstützen. Den Germanisten und Germanistinnen fehlt vielleicht nicht nur das öffentliche Publikum der Historiker/-innen, sondern auch die Attraktivität für die Privatwirtschaft.

Ob es allerdings überhaupt eine Alternative zur privaten Finanzierung gibt, steht auf einem anderen Blatt. Krull betonte dies vor allem vor dem Hintergrund der anhaltenden Finanzkrise. Kurzfristig werde es von staatlicher Seite keine gesteigerten Mittel für die Universitäten geben. Wie sich die Abschaffung der Studiengebühren beispielsweise in Niedersachsen letztendlich auf die finanzielle Situation der einzelnen Institute auswirken werde, bleibe abzuwarten. Somit stellte sich die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, die Zuschussmittel zu einem großen Teil in Mittel zur Grundfinanzierung umzuwandeln. Krull machte deutlich, dass eine Stiftung in Deutschland kaum eine Möglichkeit hat in die Grundfinanzierung einzusteigen, da die Mittel der meisten Stiftungen dafür zu gering seien. Auch herrsche unter privaten Stiftungen ein gewisses Misstrauen gegenüber den als unzuverlässig geltenden Universitäten. Eine andere Möglichkeit sei, die Finanzierung der Universitäten direkt durch

den Bund zu ermöglichen. Krull prophezeite eine neuerliche Diskussion darüber nach der nächsten Bundestagswahl – in die sich die Universitäten und allen voran die Geisteswissenschaften dann aber auch intensiv einbringen müssten, damit nicht mehr projektbezogene Finanzierung, sondern eine Konsolidierung der Kernbereiche von Forschung und Lehre ermöglicht werden könne.

4. Fazit

Die Forderungen, die sich aus der Diskussion um den ›akademischen Kapitalismus‹ ergeben, lassen sich in einem gewissen Sinne tatsächlich wie ein Plädoyer für mehr Kapitalismus lesen – ›Kapitalismus‹ hier verstanden als rational-effizientes Wirtschaften mit den eigenen Kompetenzen und dem eigenen Wissensschatz. Vor allem muss die Germanistik konzentriert den Weg an und in die Öffentlichkeit suchen, um ihren Nutzwert zu präsentieren, auch wenn dieser eher abstrakt ist und bleiben kann. Das erfordert eine verständliche Kommunikation der Forschungsziele und -ergebnisse, vor der zurückzusehen nicht mehr zeitgemäß ist und der Germanistik insgesamt schadet. Diese Ziele muss die Germanistik dabei erst einmal finden und formulieren – diese Feststellung ist vielleicht eine der erschreckendsten des Symposiums. Erst dadurch würde der Grund gelegt werden für die initiative Selbstgestaltung der strukturellen Bedingungen des Faches und eine Maximierung der verteidigungswerten Autonomie der Forschung. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Germanisten/-innen und der Außenwirkung des Faches kann freilich nur am Ende eines langwierigen Prozesses stehen. Das Forum hat gezeigt, dass viele Wissenschaftler/-innen diesen Prozess endlich anstoßen wollen. Das Symposium wird vielleicht einen kleinen Teil dazu beitragen.

Noch lässt sich allerdings nicht absehen, wie entsprechende Reformen konkret aussehen könnten – eine eineinhalbstündige Diskussion kann dies auch unmöglich leisten. Leider wurde auch die sehr wichtige Frage ausgeblendet, was der ›akademische Kapitalismus‹ für die Studierenden bedeuten könnte. Gerade hier scheint sich der von Bunia an einer Stelle angesprochene gesamtgesellschaftliche Drang zur Selbstoptimierung besonders stark auszuwirken, gewissermaßen als Pendant zur »Selbstausschöpfung« der Wissenschaftler/-innen (Martus). Das Studium gilt es etwa in Rekordzeit abzuschließen, die Regelstudienzeiten werden häufiger unter- als überschritten; denn jedes Jahr auf der Universität wird als verlorenes Jahr gewertet. Für große Teile der Studierendenschaft erscheint die universitäre Ausbildung lediglich als Zuträger für den Arbeitsmarkt – hier manifestiert sich der Kapitalismus an der Universität also deutlich. Eine öffentlichkeitsorientierte Ausrichtung der Germanistik ist wünschenswert – es darf dabei allerdings nicht vergessen werden, dass es auch innerhalb des Faches noch einer Verbesserung der Kommunikation bedarf. Auch den Studierenden muss klar gemacht werden, warum es sich lohnt, das Fach *als Wissenschaft* zu studieren, und wo *dieser* Nutzen der Germanistik genau liegt. Vielleicht stellt sich dann heraus, dass der Hörsaal doch mehr sein kann als nur der Warteraum vor dem Lehrerzimmer.